„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. S...k...n,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Street, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wochenausgabe: 12—32 Seiten Text.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 75c per Zoll einfachlig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einfachlig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einfachlig $1.25; für jede weitere Insertion 50c.

Für eine Gemeinschaft aller Deutschsprechenden

Die gewaltige deutsche Kundgebung, welche am 10. März anläßlich des ersten Besuches unseres neuen deutschen Konsuls in Regina stattfand, wurde in den deutschsprechenden Kreisen Westcanadas lebhaft beachtet. Ueber das Eindrucksvolle der Massenversammlung konnte auch der Unkundige nicht hinwegtäuschen, daß die englische Presse von Regina nur sehr mangelhafte und unvollständige Berichte brachte, anscheinend in der Absicht, die große Bedeutung der Kundgebung zu vertuschen oder so gut wie totzuschweigen. Die Courierleser sind jedoch in der letzten Ausgabe unseres Blattes über die imposante Versammlung hinreichend unterrichtet worden, sodaß sie nicht auf die dürftige Berichterstattung der englischen Presse angewiesen waren.

Der 10. März 1927 ist für das Deutschtum von Regina wie auch für die deutschen Kreise ganz Canadas von besonderem Interesse deswegen, weil sich hier wieder einmal zeigte, was ein geeintes Vorgehen aller Deutschsprechenden in gemeinsamen Angelegenheiten erreichen kann. Alle deutschen Kirchengemeinden und alle deutschen Vereine waren vertreten. In Massen strömten die Mitglieder dieser Gemeinden und Vereine zur Kundgebung herbei, alle nur von dem einen Wunsche beseelt, den neuen deutschen Konsul, Herrn Dr. Max Lorenz, und in seiner Person das alte deutsche Vaterland zu ehren sowie ein mutiges öffentliches Bekenntnis zu ihrer deutschen Abstammung und ihrer deutschen Muttersprache abzulegen. Regina hat sich am Abend des 10. März in Wahrheit als die Metropole, als die Hochburg des Deutschtums in Westcanada gezeigt.

Doch sicher aufrichtiger und herzlicher Wunsch ist es, daß die Kundgebung des 10. März nicht wie ein Strohfeuer verlischt, sondern daß der Grundgedanke des Gemeinschaftsgeistes, welcher in der Massenversammlung zu erhebendem Ausdruck gelangte, auch weitere Kreise zieht und alle Deutschsprechenden in Stadt und Land mit Urgewalt ergreift. Da gilt es freilich, manche Schranken niederzureißen, manche Streitaxt zu begraben und Brücken zu schlagen vom einen zum andern. Wir müssen weitherzig und großzügig denken lernen. Wir dürfen uns nicht am Herkunftslande, an der Konfession und am Berufsstande stoßen. Niemand braucht seine Prinzipien wegzuwerfen oder zu verleugnen. Jeder kann ein treues Glied seiner Religionsgemeinschaft sein und bleiben. Alle dürfen mit Liebe und Anhänglichkeit des Landes gedenken, wo ihre Wiege stand. Jeder mag seine wirtschaftlichen Interessen wahrnehmen, sei er Farmer, Geschäftsmann oder Arbeiter. Aber alle müssen vom Geiste deutscher Treue und deutscher Brüderlichkeit durchdrungen sein, wenn es darum geht, uns Deutschsprechende als ein machtvoller Faktor im Leben dieses Landes zu erweisen. Die Grundlage dazu haben wir in der Gemeinsamkeit unseres deutschen Blutes und unserer deutschen Sprache. Blut und Sprache sollten fürwahr stark genug sein, um alle jene Pfeiler für jene Brücke zu dienen, welche uns alle untereinander verbinden und zusammenführen soll, wenn es sich um unsere allgemeine deutsche Sache handelt. Hier brauchen wir die „Co-operation", von der uns andere zu gewissen Zeiten verschwärmen, wenn sie auf unsere Stimme, auf unser Geld, auf unsere Mitgliedschaft uim. rechnen oder vielleicht sogar angewiesen sind. In unserer Hand liegt es, ob wir solche Gelegenheiten zu unseren Gunsten auszunützen verstehen oder ob wir uns bedingungslos einem in die Arme werfen, weil er uns vielleicht Honig um den Mund streicht. Doch der Einzelne steht machtlos da, wenn nicht alle Gleichgesinnten sich zusammenscharen und so den Einfluß und die Stärke des deutschen Elements im Lande auch äußerlich zur Geltung bringen.

Möge die Kundgebung des 10. März in Regina als Bahnbrecher, als Pionier für die Bildung einer Gemeinschaft aller Deutschsprechenden im Lande wirken! Dazu bedarf es keiner besonderen neuen Organisation, sondern nur einer eifrigen Pflege des Gemeinschaftsgeistes in uns selbst. Dazu bedarf es nur des Ueberbordwerfens all der kleinlichen Bedenken, Eifersüchteleien und Vorurteile, welche sich vielleicht da und dort eingebürgert haben. Dazu bedarf es nur einer regelmäßigen und eifrigen Lektüre des „Courier", welcher den Gemeinschaftsgeist in jeder Nummer in die Tat umsetzt, indem er als deutsche Zeitung allen Schichten und allen Kreisen der Deutschsprechenden in Westcanada dient, ohne danach zu fragen, ob einer aus diesem oder jenem Lande kommt, ob einer dieses oder jenes Glaubens ist, ob einer als Farmer, Geschäftsmann oder Arbeiter sein Brot verdient. Denn wir alle sind Kinder eines großen Weltvolkes und in Canada alle dem nämlichen Schicksal unterworfen.

Tschechoslowakei an den deutschen Luftverkehr angeschlossen

Berlin, der Luftkreuzungspunkt Europas

Am 14. März erfolgte die Eröffnung des planmäßigen Luftverkehrs von Leipzig über Chemnitz nach Prag. In dem am 18. April beginnenden Sommerflugplan wird diese Linie von Bremen aus gehen und dann über Hannover — Leipzig — Chemnitz — Prag nach Wien führen.

Den Luftverkehr von Berlin über Dresden und Prag nach Wien hat die Lufthansa am vorigen Montag eröffnet. Für diese Linie sieht der Sommerflugplan einen durchgehenden Luftdienst von Malmö über Kopenhagen — Berlin — Prag — Wien vor.

Die Linie Malmö-Wien wird mit Großmaschinen betrieben werden. In Wien trifft dieser Linienstrang auf Luftverbindungen nach drei Himmelsrichtungen: östlich nach Budapest und Konstantinopel; südlich nach Venedig; westlich nach Zürich und Genf. Damit ist das Wort des Leiters der britischen Luftfahrt, General Brancker, Wahrheit geworden, daß Berlin das Luftkreuz Europas sei. Dieses Kreuz ist jetzt fertig: Von London und Paris über Berlin nach Moskau und vom Malmö (wo Anschluß an den Nachtschnellzug von Stockholm besteht) und Kopenhagen über Berlin nach Wien.

* * *

Zu Zeppelin über den Nordpol

Ein Flug sowohl nach Tokio wie über den Nordpol ist, wie Dr. Eckener, der Generaldirektor der Zeppelin-Werke in Friedrichshafen, erklärt, mit dem riesigen Zeppelin geplant, welcher zur Zeit an dem Ufern des Bodensees gebaut wird.

Es wird damit gerechnet, daß diese Flüge im Herbst 1928, direkt nach den Luftreisen des gewaltigen lenkbaren Luftschiffes von Sevilla nach Buenos Aires ausgeführt werden können. Nach Dr. Eckeners Ueberzeugung kann der Flug nach dem Nordpol in etwa zwei, der nach der japanischen Hauptstadt in vier Tagen durchgeführt werden.

Dr. Eckener weilt zur Zeit in Spanien, um Pläne für die Einführung eines Flugdienstes zwischen Spanien und Südamerika auszuarbeiten.

Jugoslavien in dauernder Krise

Ein Skandal im Parlament

Nikola Uzunowitsch, der erst vor kurzem sein Kabinett reorganisiert hat, unterhandelt jetzt mit Stefan Raditsch, dem Führer der kroatischen Bauernpartei, über die Bildung einer Koalitionsregierung, in der Anhänger von Raditsch Ministerposten erhalten sollen.

Man glaubt, daß das Parlament im Sommer aufgelöst werden wird und daß Neuwahlen für die Skupschtina im Oktober stattfinden werden.

Die jugoslawischen Regierungen haben sich, hauptsächlich infolge der Zerwürfnisse zwischen den in dem Königreich „vereinigten" Kroaten, Slowenen und Serben nie großer Beständigkeit erfreut, aber seit der im vorigen Jahr erfolgten plötzlichen Veröffentlichung des italienisch-albanischen Sicherheits- und Freundschaftsvertrages, von dessen Abschluß die Belgrader Regierung keine Ahnung gehabt hatte, ist die Regierungskrise permanent geworden. Das jetzige Kabinett, das sechste innerhalb neun Monaten, führt eine sehr prekäre Existenz. Die Opposition richtet sich hauptsächlich gegen den Innenminister Marinowitsch, dem vorgeworfen wird, daß die von seiten der Polizeiorgane bei den letzten Wahlen für die autonomen Gebietsvertretungen verübten Mißbräuche in seinem direkten Auftrag erfolgt wären.

Vor zwei Wochen wurde in einer Sitzung der Skupschtina von der kroatischen Bauernpartei und von der demokratischen Vereinigung der Antrag eingebracht, den Innenminister unter Anklage zu stellen. Als Minister Marinowitsch das Wort ergriff, um sich zu verteidigen, brachten die demokratischen Abgeordneten einen Mann in den Sitzungssaal, der nach ihrer Behauptung am Wahltag vom Polizeikommissar in Topschider, Sokolowitsch, blutig geschlagen wurde. Die Abgeordneten entkleideten den Mann im Sitzungssaal, um dem Hause die Spuren der Mißhandlungen zu zeigen. Dieser sensationelle Vorgang rief unter den Abgeordneten einen Sturm der Entrüstung hervor. Während die Opposition die schärfsten Angriffe gegen den Minister des Innern richtete, protestierte die Regierungsmehrheit gegen diese beispiellose Verletzung der Geschäftsordnung. Die Sitzung mußte unterbrochen werden und König Alexander ließ sich über den Vorfall vom Ministerpräsidenten Uzunowitsch und vom Innenminister Bericht erstatten.

Weltumschau

Deutschland.

Der angriffige Stresemannangriff gegen den Artikel 431 unter Dr. Gustav Stresemann wegen des in Genf eingegangenen Saar-Kompromisses ist abgeblasen worden. Die Angelegenheit wird erst dieser Tage im Reichstag zur Sprache kommen, und zwar bei der Beratung des Etatspostens für das Auswärtige Amt. Dann wird Dr. Stresemann die gesamte außenpolitische Lage darstellen und daran eine große außenpolitische Debatte sich knüpfen.

Das Reichskabinett hat die vom Außenminister Dr. Stresemann in Genf verfolgte Politik einstimmig gebilligt. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg hatte Dr. Stresemann bereits bald nach seiner Rückkehr von Genf über die Vorgänge auf der dortigen Tagung des Völkerbundrats Bericht abgestattet. In der Kabinettssitzung mußte die Entscheidung auch über den Bestand des Kabinetts selbst fallen. Aber auch von der deutsch-nationalen Parteileitung wurde alsbald die Losung ausgegeben, daß man es unter keinen Umständen auf eine neue Kabinettskrise ankommen lassen dürfe. Als Resultat präsentiert sich die einstimmige Billigung der Genfer Politik Stresemanns. Der Reichspräsident leitete die Sitzung. In ausführlicher Rede legte Dr. Stresemann die Beweggründe der, die ihn zur Akzeptierung des Saar-Kompromisses veranlaßt hätten. Die Verabredung, daß die französischen Besatzungstruppen binnen dreier Monate aus dem Saargebiet herausgezogen werden und einer alliierten Schutztruppe für die Bahnen Platz machen sollten, wäre alles unter den obwaltenden Umständen Erreichbare gewesen. Auf einen Bruch hätte es Deutschland nicht ankommen lassen können, und die Beisprechungen über die Lösung des gesamten Räumungsproblems, die durch das Saar-Kompromiß näher gerückt sei, würden fortgesetzt werden. Auch Ergebnis und Bedeutung des mit Polen erzielten Ausgleichs zwecks Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen stellte Dr. Stresemann in das rechte Licht. Er beleuchtete die Zugeständnisse, die Polen in der Schulfrage besonders betreffs der deutschen Schulen in Polnisch-Oberschlesien gemacht habe, und knüpfte daran die Erwartung der Herstellung besserer allgemeiner Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern.

Die amerikanischen Automobil-Interessenten in Berlin sind höchlich bestürzt über die Anordnung der Zollverwaltung des Deutschen Reichs, daß fortan für Automobilteile, die bisher für geringe Zollentrichtung in Deutschland eingeführt und zu ganzen Automobilen zusammengestellt werden konnten, derselbe Zollsatz zu entrichten ist wie für fertige Automobile. Amerikanische Händler befürchten, daß die Durchführung dieser Anordnung dazu führen mag, daß die Auto-Sammelstellen zweier amerikanischer Firmen, die billige Autos herstellen, aufgegeben werden und die Errichtung der neuen Sammelstelle einer dritten amerikanischen Fabrik eingestellt wird, ferner, daß weitere Sammelstellen weiterer Autos von amerikanischen Fabriken in Deutschland überhaupt nicht mehr gebaut werden dürften. Die neue Zollbestimmung hat rückwirkende Kraft bis zum Neujahrstage, so daß für eine große Anzahl aus Amerika importierter Automobile Zollnachzahlung stattzufinden hätte. Dagegen wollen die Vertreter der Autoindustrie Einspruch erheben und hoffen, einen Widerruf der Anordnung durchsetzen zu können. Bisher betrug der Zoll auf Autoteile nur 3 bis 12 Mark für das Hunderttilogramm, unter der Neuordnung 160 bis 175 Mark, was bedeuten würde, daß die billigsten Autos um 300 bis 400 Mark höher zu stehen kommen würden und ein 8- bis 10-prozentiger Preisaufschlag im Detailhandel erfolgen müßte.

Die Schwarzwald-Hauptstadt Freiburg, die in diesem Jahre eine Anzahl von Tagungen und Kongressen in ihren Mauern beherbergt, wird vom 3. bis 7. Juni Tagungsort der 46. Hauptversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland sein. Mit dieser Tagung sind zahlreiche kleinere und größere Veranstaltungen verbunden. Während am 3. und 4. Juni die Tagungen stattfinden, wird der 5. Juni mit einem Festgottesdienst, einem Gesangswettstreit sowie einem großen Festzug und Volksfest ausgefüllt sein. Die Tagung beschließen Jugendbesprechungen am Montag und ein Fackelzug. Der eigentliche Festakt mit der Verleihung der Fahnenbänder findet am Sonntag auf dem Münsterplatz vor dem Kaufhause statt.

Oesterreich

Nach der offiziellen Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wurden am 15. Februar in ganz Oesterreich 241,617 unterstützte Arbeitslose gezählt, gegen 235,475 am 31. Januar.

Die Zunahme der Arbeitslosen belief sich in der ersten Hälfte des Februar auf 6000 gegenüber einer Zunahme von über 30,000 im Januar. Zu der angegebenen Zahl von 241,617 unterstützten Arbeitslosen kommen noch etwa 33,000 nicht unterstützte erwerbslose Arbeiter, die zur Arbeitsvermittlung vorgemerkt sind. Die Gesamtziffer der Arbeitslosen in Oesterreich beträgt daher rund 275,000. Das ist die höchste Ziffer, die in Oesterreich bisher überhaupt jemals erreicht wurde.

Die kürzlich veröffentlichte Jahresbilanz des österreichischen Außenhandels für das letzte Jahr weist ein Defizit von mehr als 150 Millionen Dollar auf oder nahezu 20 Millionen Dollar mehr als im Jahre 1925.

Die meisten Parteien haben sich geeinigt, daß die Wahlen für den Nationalrat und für die Landtage von Niederösterreich, Steiermark, Salzburg und Burgenland wie der Gemeindevertretungen von Wien, Sankt Pölten und Wiener Neustadt am 24. April vorgenommen werden sollten. Die Sozialdemokraten treten jedoch für einen späteren Termin ein. Jedenfalls werden aber die Wahlen spätestens Mitte Mai stattfinden. Die Großdeutschen haben mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei eine Wahlgemeinschaft abgeschlossen. Da sie wenig Aussicht haben, mit selbständigen Wahllisten durchzudringen, sind sie geneigt, mit den Christlichsozialen Einheitslisten aufzustellen. Bundeskanzler Dr. Seipel ist bemüht, eine antimarxistische Einheitsfront zustande zu bringen.

Saargebiet

Das Pariser Kabinett hieß die Verminderung des Lohnes um achteinhalb Prozent für die Minenarbeiter des Saarbeckens gut. Dieser Schritt ist eine Ausgleichsmaßnahme, um einem Streik in den dortigen Minen vorzubeugen, deren Besitzer vor kurzem wegen der wirtschaftlichen Notlage eine Lohnherabsetzung um zehn Prozent angesagt hatten.

Der deutsche Tabakfabrikant Schmitt aus Merzig-Saar wurde, als er sich geschäftlich mit seinem Auto auf dem Wege zu dem nahe der Grenze gelegenen Lauterbach befand und dabei für wenige Augenblicke einen unbenutzten französischen Verbindungsweg berührte, von einem Auto verfolgt und mehrfach beschossen, obwohl er bereits wieder auf saarländischem Gebiet war. Schmitt hielt und wurde von mehreren Zollbeamten in Zwil aufgefordert, auf französisches Gebiet mitzukommen. Als der Fabrikant seine Legitimation anbot, sich aber weigerte, auf französisches Gebiet mitzukommen, fielen die Franzosen über ihn her, schlugen auf ihn ein und legten ihm Handfesseln an. Er wurde gewaltsam auf die französische Gendarmeriestation nach Kreuzwald gebracht, wo er nach einer Stunde wieder freigelassen werden mußte, da seine Verhaftung ohne jede Rechtsgrundlage erfolgt war.

Tschechoslowakei

In der „Westböhmischen Gewerbezeitung" war kürzlich ein Rundschreiben des „Sudetendeutschen Heimatbundes" in Berlin veröffentlicht worden, in dem die ständige kulturelle Fühlungnahme mit dem Deutschen Reiche empfohlen wurde. Die Staatsanwaltschaft erblickte in dieser Veröffentlichung ein Vergehen gegen das Schutzgesetz. Der Staatsanwalt erklärte, daß der „Sudetendeutsche Heimatbund" auf den Anschluß des sudetendeutschen Gebietes an Deutschland hinarbeite, weshalb seine Tätigkeit sich gegen die Sicherheit des tschechischen Staates richte. Hauptschriftleiter Otto der Westböhmischen Gewerbezeitung wurde zu vier und der verantwortliche Schriftleiter Wodl zu drei Wochen Arrest verurteilt.

Rumänien

Die Genehmigung des Pariser Vertrags, welcher die Angliederung der vormals russischen Provinz Bessarabien an Rumänien anerkennt, durch Italien hat ungemeine Freude erregt. Die Anhänger der Regierung wollen jetzt Premier Mussolini ehren. Eine im Parlament eingebrachte Vorlage bestimmt die Errichtung eines Denkmals für Mussolini in Kishinew, der Hauptstadt von Bessarabien. Außerdem soll die Hauptstraße in Römische Straße umgewandelt werden.

Während der im ganzen Lande abgehaltenen Feier der Ratifikation des Vertrages spielten Straßenmassen den Juden übel mit.

Rußland.

Paul Pantschenko, der Führer einer Räuberbande, welche mordend und sengend im Don- und Kuban-Distrikt hauste und die Bauernbevölkerung terrorisierte, ist mit seinem Sohn erschossen worden. Der ältere Pantschenko war 75 Jahre alt. In Platigorsk ist ein weiterer Banditenhäuptling vom selben Geschick ereilt worden. Feodor Maximento, der mit seiner Bande im Charkow- und Kursk-Distrikt hauste, wurde erschossen, während er versuchte, der Polizei zu entrinnen. Er hatte früher ein Bekenntnis abgelegt, 51 Personen ermordet zu haben.

Wölfe und Hunde verbreiten die Tollwut in Rußland in so rapider Weise, daß das Pasteur-Institut kaum imstande ist, sich auch nur der Hälfte der Patienten anzunehmen. Der Schätzung nach sind während des letzten Jahres etwa 342,000 Personen in Rußland von der Tollwut ergriffen worden, eine Zunahme der Krankheit während der letzten zehn Jahre um das zehnfache. Die Wölfe werden vom Kommissariat des Ackerbaues als „eine nationale Plage" charakterisiert.

Frankreich

Das Ministerium Poincaré entschied dem Vernehmen nach, daß Frankreich auf der bevorstehenden Konferenz der drei Mächte zur Besprechung der Seeabrüstung nicht einmal als „Beobachter" vertreten sein wird. Eine lange Besprechung der Einladung von Präsident Coolidge, Frankreich möge in irgendwelcher Weise vertreten sein, ging voraus. Seit der Einladung des Präsidenten Coolidge trat nichts ein, um die französische Regierung zu einer Aenderung ihrer Haltung in ihrer ursprünglichen Antwort zu veranlassen. Diese Haltung geht dahin, daß die Frage der Entwaffnung als ein Ganzes behandelt werden muß.

Die Poincaré-Regierung erhielt ein weiteres Vertrauensvotum. Mit 393 gegen 130 Stimmen sprach die Kammer dem Ministerium ihr Vertrauen in Sachen der Interpellation über die derzeitige hohe Lebenshaltung aus. Der Abstimmung ging eine lange Debatte über die hohen Lebensmittelpreise und das Erwerbslosen-Problem voraus. Eine große Mehrheit der Abgeordneten erklärte sich mit dem Finanz-Programm des Premiers vollständig einverstanden, war auch durch die Anstrengungen der Regierung im Interesse der Erwerbslosen vollständig zufriedengestellt. Gegen Ende der Sitzung erlangte der Premier noch die Gutheißung einer Bewilligung von 10 Millionen Francs für Erwerbslosen-Unterstützung.

Die Mobilisierung der Frauen, welche in der Heeresorganisationsvorlage vorgesehen ist, hat nicht zu bedeuten, wie im Kriegsdepartement erklärt wurde, daß die Frauen im Kriegsfall Waffen zu tragen hätten. Ihre Hauptaufgabe wird vielmehr sein, die Männer zu ersetzen, die zum aktiven Dienst eingezogen werden. Frauen in Landdistrikten werden die Felder zu bestellen haben, wie sie es bekanntlich auch bereits während des Weltkrieges getan haben. Auch Männer in den Werkstätten, in den Bureaus und wo es immer notwendig sein sollte, werden im Kriegsfall durch Frauen ersetzt werden.

Zwei Bestimmungen der Heeresvorlage bedürfen immer noch der Annahme der Kammer. Die eine sieht die Aushebungen von 106,000 Freiwilligen für den Dienst unter der Fahne vor, die andere die Rekrutierung von 45,000 Freiwilligen für Arbeitszwecke. Diese Arbeiter sollen die Dienstpflichtigen in der Stadt und in den Werkstätten der Armee ersetzen, so daß sich die Soldaten ausschließlich ihrer militärischen Ausbildung widmen können. Das Kriegsdepartement rechnet damit, daß es drei Jahre dauern dürfte, bis die Freiwilligen-Armee ihre ganze Stärke von 106,000 Mann erreichen wird. Sie zählt zur Zeit etwa 75,000 Mann, einschließlich der 25,000 in der Fremdenlegion.

Großbritannien.

Im britischen Unterhause kam es zu einer Debatte über den steigenden Spirituosenkonsum in Palästina. Ein Parlamentsmitglied richtete an den Kolonialminister Amery die Anfrage, ob er von der gewaltigen Zunahme der lizenzierten Kneipen und Schauplätze in Jerusalem und den Bahnhöfen in Palästina gehört habe, die eingetreten sei, seitdem Großbritannien das Palästina-Mandat übernommen habe, und ob er in der Angelegenheit etwas zu tun gedenke. Amery gab die Zunahme zu, sagte aber, sie halte lediglich Schritt mit der Zunahme der Bevölkerung. Er gedenke nichts in der Angelegenheit zu tun, weil seiner Ansicht nach der Spirituosenverbrauch Palästinas nicht als übermäßig anzusprechen sei.

Das erste Riesenflugzeug, das im Britenreich-Flugverkehr zwischen England und Indien eingestellt werden wird, soll den Namen „City of Jerusalem" erhalten.

Rußland trifft größere Vorbereitungen für eine chemische Kriegsführung, als irgend eine andere Nation in der Welt, wurde dem Unterhause von Sir Laming Worthington-Evans, dem Kriegsminister, erklärt. In Beantwortung einer Anfrage sagte der Minister, es bestehe kein Zweifel, daß die Militärbehörden der Sowjet-Regierung die Wirkung von Giftgasen eingehend studieren, und daß sie Vorbereitungen in großem Maßstabe für die Anwendung der Gase treffen.

Einbrüche in Kirchen wurden in England so häufig, daß die Behörden der Westminster-Kathedrale Wächter zur Bewachung des Eigentums anstellten. Das Besitztum wird Tag und Nacht bewacht. In Cardiff wurden in einer Woche vier katholische Kirchen beraubt. Auch Liverpool hatte Einbrüche in Kirchen. In vielen Fällen zeigten die Diebe große Keckheit und keinerlei Achtung vor der Heiligkeit der entwendeten Gegenstände. Pater Vaughan, eines Neffe des gleichnamigen Kardinals, wurde während des Schlafes um seinen Schmuck und sein Geld beraubt.

Italien.

Premier Mussolini hat eine Belohnung von 50,000 Lire ausgesetzt für die Ergreifung des Mörders eines 5jährigen Mädchens, welches in der Nacht verschwand, und dessen verstümmelte Leiche aufgefunden wurde. Auch wird von dem Premier den Polizeibeamten, die den Täter entdecken, sofortige Beförderung zugesichert.

Das kürzlich geschaffene militärische Sondergericht für die Landesverteidigung hat 36 kommunistische Agitatoren, sämtlich Italiener, zu Gefängnis von 2 Monaten bis zu 15 Jahren und zu schweren Geldstrafen verurteilt. Die Angeklagten waren der Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates sowie der Aufreizung zu Klassenhaß, Umsturzbewegung gegen die Staatsgewalt und Anschläge gegen Premier Mussolini beschuldigt. Die Verhaftungen erfolgten durch die Polizei in der Zeit von September 1925 bis Sommer 1926 in der Provinz Toskana, wo die Kommunisten „rote Zellen" angeblich zur Unterstützung revolutionärer Umtriebe organisiert hatten. Die umstürzlerische Bewegung erstreckte sich bis nach Neapel, Turin, Venedig, Ancona und Messina.

Lu Cheng Hsiang, der frühere Premier Chinas, ein eifriger Katholik, hat auf alle weltlichen Ehren Verzicht geleistet und dem Papst eine Schatulle übersandt, welche alle die militärischen und zivilen Dekorationen enthält, die ihm während seiner langen diplomatischen Laufbahn verliehen worden sind. Mit diesen Orden hat der altehrwürdige Diplomat dem Papst zugleich ein Schreiben zugehen lassen, in dem er seinen Entschluß kundgibt, sich ins Privatleben zurückzuziehen und auf allen weltlichen Pomp zu verzichten. Auch die Dokumente, welche bei der Verleihung der Orden ausgefertigt wurden, sind in der Schatulle enthalten. Letztere wird im vatikanischen Museum niedergelegt werden. Lu Cheng Hsiang stand an der Spitze der chinesischen Delegation auf dem Friedenskongreß in Versailles. Er wurde 1912 zum Auslandminister von China ernannt, welcher Posten ihm später noch dreimal übertragen wurde. 1922 wurde er zum Gesandten in der Schweiz ernannt.

Finnland

Ein Manifest, in welchem die finnische Prohibition als vollständiges Fiasko bezeichnet wird, ist von einer Anzahl führender Bürger, unter denen sich Richter, Geistliche, Wissenschaftler und angesehene Geschäftsleute befinden, am zehnten Jahrestag des Erlaß des Gesetzes unterzeichnet und bekannt gegeben worden. Kein einziger Vertreter der Arbeiter befindet sich indeß unter den Unterzeichneten.

„Das Gesetz entspricht nicht der Rechts-Auffassung der Nation", heißt es in dem Manifest, „es hat eine Atmosphäre von Heuchelei und Falschheit geschaffen, die nach der Ansicht einer immer größer werdenden Zahl von Bürgern erstickend wirkt und dazu angetan ist, das Fundament der Gesellschaft zu untergraben. Aus diesem Grunde sollte das Gesetz widerrufen werden."

China.

Kantonesische Truppen schlugen nach einem Bericht die nördlichen Streitkräfte, welche Nanking und Schanghai verteidigen. Sie drangen bis auf 20 Meilen vom Hauptquartier von Chang Chung Chang in Nanking vor.

Fünfzig amerikanische Frauen und Kinder verließen beim Vordringen der Nationalisten eiligst Nanking. Sie fürchten Ausbrüche und Plünderung in der Stadt, wenn sie von Nationalisten erobert wird. Der kantonesische Angriff wurde vor mehreren Tagen von Soochow nach Nanking verlegt. Die Südländer bahnten sich langsam ihren Weg gegen die Stadt. Ein amerikanisches Kriegsschiff hält in Kuchengmiao, südlich von der Eingeborenen-Stadt von Schanghai, Wacht. Das Schiff schützt amerikanische Interessen im Hafen von Kiangchang. Die Dockanlagen wurden von General Pi, Befehlshaber der dortigen nördlichen Truppen, beschlagnahmt. Nach Angabe von Pi wurden die Docks genommen, um dringliche Ausbesserungen an nördlichen Kriegsschiffen zu ermöglichen. Verschiedene amerikanische Schiffe sind auf dem Dock unter Bau. Streiker, welche die Kantonesen unterstützten, zerstörten Telephone und Signale auf der Nanking—Schanghai-Bahn. Der Dienst auf der Bahn von Schanghai nach Hangchow ist völlig eingestellt.

Japan

Das japanische Kabinett hat einstimmig beschlossen, die Einladung des Präsidenten Coolidge zu einer Konferenz Großbritanniens, Japans und der Vereinigten Staaten zur Beratung über eine Begrenzung der Marineerüstungen anzunehmen. Dem Botschafter in Washington, Tsuneo Matsudaira, wurde gekabelt, den amerikanischen Staatssekretär von der Entscheidung der japanischen Regierung in Kenntnis zu setzen. Die Antwort Japans auf die letzte Note des Präsidenten Coolidge in dieser Angelegenheit wurde auch dem amerikanischen Botschafter in Tokio, Charles MacVeagh, mündlich mitgeteilt.

Nikaragua

Guillermo Huper, der deutsche Vizekonsul in Matagalpa, der Schwiegersohn von Senator Leopoldo Salazar ist, hat dem Präsidenten Diaz von der konservativen Regierung eine befriedigende Erklärung über die Beschuldigung gegeben, daß er seinen Einfluß benutze, um in dem Lande eine Stimmung gegen Amerika und Diaz zu schaffen, und daß er die Liberalen unterstütze.

Huper folgte einer Einladung des Präsidenten Diaz, nach Managua zu kommen und die Beschuldigungen zu erklären, von denen eine besagte, er habe Anhängern der Liberalen am 13. Februar geholfen, als die Liberalen zeitweilig die Stadt besetzten, eine neue Stadtregierung in Matagalpa zu organisieren. Huper wurde auch beschuldigt, den konservativen General Reyes betrunken gemacht zu haben, als dieser die Liberalen in der letzten Woche angreifen sollte. Weitere Beschuldigungen sagten, er stehe mit den Liberalen in Verbindung und verberge liberale Flüchtlinge und deren Eigentum in seinem Hause unter der deutschen Flagge.

Die Beschuldigungen gegen Huper waren nicht offiziell und sind nicht bestätigt worden. Unter den Konservativen wird gesagt, daß viele Deutsche gegen die Diaz-Regierung seien und der Stellungnahme der Vereinigten Staaten in Nikaragua opponieren. Während Huper in Managua war, sprach er bei dem amerikanischen Botschafter vor und bestritt, daß er gegen Amerika voreingenommen sei. Als Beweis, daß er nicht anti-amerikanisch gesinnt sei, sagte er, er hoffe den amerikanischen Marinesoldaten in Matagalpa in jeder Hinsicht.

Völkerbund

Demonstrationen von Luftstreitkräften werden ebenso wie Flottendemonstrationen in der Zukunft eine Waffe des Völkerbundes gegen irgendein Land sein, das einen Krieg zu beginnen droht, ohne Vermittlungsversuche abzuwarten.

Das Komitee des Ligarates, das ernannt worden war, die Anwendung der Maßnahmen zur Verhinderung eines Krieges zu erhärten, einigte sich nach einer langen Debatte.

Lettland schließt Vertrag mit Rußland

Ein Garantiepakt zwischen Lettland und Sowjet-Rußland ist in Riga mit den Initialen der Unterhändler versehen worden. Ueber gewisse Anhänge steht eine Verständigung noch immer aus, unter ihnen ein Entwurf Lettlands, der sich mit den Auswirkungen des Pakts auf die Mitgliedschaft Lettlands im Völkerbund befaßt.

Der Garantiepakt sieht, wie der lettische Auslandminister Cielens der Presse eröffnete, vor, daß beide Länder im Fall eines Angriffs durch eine dritte Macht Neutralität zu wahren haben.

Beide Länder verpflichten sich, jeder Koalition von Mächten fernbleiben zu wollen, die sich gegen die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität eines der beiden Staaten richten sollte.

Der Auslandminister machte geltend, Lettland werde auch fernerhin loyal mit dem Völkerbund zusammenarbeiten, kein Uebereinkommen sei erzielt worden, das Lettlands Verpflichtungen gegen den Völkerbund aufheben würde.

Der zweite Pakt, welcher in Erwägung steht, ist ein Schiedsvertrag. Rußland hat sich, wie der Auslandminister sagte, im Prinzip zu der Schaffung einer Konzilitations-Kommission unter dem Vorsitz eines Neutralen verstanden.

Cielens fügte bei, er habe das Wünschenswerte eines Pakts zur Erhaltung der politischen Stabilität und des Friedens an der Ostküste der Ostsee angeregt, eines Pakts, der von Finnland, Lettland und Litauen auf der einen und von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Rußland zu garantieren wäre.

* * *

Bereits im Oktober hatte eine Depesche aus Riga die Ankunft Aralows vom Auswärtigen Amt in Moskau in jener Stadt gemeldet und bemerkt, dessen Aufgabe sei es, mit Lettland einen Vertrag abzuschließen, ähnlich jenem, der bereits mit Litauen zu Stande gekommen war.